

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 61 (1982)
Heft: 12

Artikel: Vernichtende Kritik
Autor: Bürcher, Verena
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339911>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

chere Kampf für den Sozialismus auch, oder müssen wir sagen, gerade in der Schweiz.

Es soll uns nicht nur eine Pflicht sein, sondern wie der Genosse Schlegel, Landammann von St. Gallen, in der letzten Ausgabe der «Roten Re-

vue» angemerkt hat, es soll auch wieder eine Freude sein, als Sozialdemokrat diese Politik zu vertreten. Ich bin zuversichtlich, dass dieser Geist auch die heutigen, notwendigen Debatten zum Programm prägen wird.

Verena Bürcher sprach für die Kommissionsminderheit

Vernichtende Kritik



**Verena Bürcher und Bundesrat Pierre Aubert:
Einheit in der Aktion?**

Die Minderheit hat in der Kommission für Nichteintreten auf den Programmentwurf gestimmt. Sie unterbreitet Euch vier Anträge. Sie haben gemeinsam, dass heute die Programmrevision *nicht* abgeschlossen werden soll. Dafür sind für uns *vor allem* zwei Gründe massgebend:

Der erste Punkt: Der völlig ungenügende Entwurf und der Zeitdruck. In seiner summarischen Beliebigkeit taugt unserer Meinung nach der Entwurf weder als Arbeitsinstrument für eine sozialistische Politik, noch kann er eine mobilisierende Wirkung nach aussen haben. Als Arbeitsinstrument fehlt ihm über weite Strecken der Realitäts-

bezug, womit ich meine, dass seine Ausführungen derart an der Oberfläche bleiben, dass eine Umsetzung der langfristigen Ziele in realpolitische Forderungen nicht möglich ist.

Da er so oberflächlich (und auch widersprüchlich) ist, wird aber auch für all jene, die mit diesem Programm angesprochen werden sollen, nicht deutlich, wie die SP die brennenden Probleme der Gegenwart lösen will.

Der zweite Punkt: Angesichts des Zeitdrucks konnte der Entwurf in den wenigsten Sektionen eingehend diskutiert werden. Es ist zu vermuten, dass er deshalb auch kaum etwas zur Identitätsfindung, zur Neu-

orientierung der Partei und zur Integration beitragen wird.

Zunächst ist festzuhalten, dass die Kommissionsarbeit trotz Zeitdruck vom Grundtenor der Verständigung, der fruchtbaren Auseinandersetzung über die in den letzten Jahren aufgebrochenen Grundfragen in der Partei geprägt war. Obwohl die historischen Konflikte der Partei und ihrer Flügel gerade auch in der Programmkommission zum Ausdruck kommen mussten, hat sich gezeigt, dass die Partei nicht zwangsläufig der vom Bürgertum genüsslich erwarteten Blockierung unterliegt.

Vielmehr drang über alle Flügel hinweg die Erkenntnis durch, dass die immer offener zu Tage tretende gesellschaftliche Umbruchsituation (mit ihren vielfältigen Krisen) zu neuen Lösungen zwingt, für die sowohl die herkömmlichen Formen sozialdemokratischer Politik als auch die Praxis der kritischen Linken überprüft werden müssen.

Nicht zuletzt der sich abzeichnende Bruch zwischen dem wachsenden Anteil der Bevölkerung, der durch Rückzug der Politik seine Absage erteilt und den sozialen Bewegungen und Protestgruppen, die auch in der Arbeiterbewegung vorerst nur Festgefahrenheit konstatieren, hat auf allen Seiten zum Nachdenken geführt.

Es wird damit deutlich, dass seit Montreux ein parteiinterner Prozess stattgefunden hat. Von daher ist es auch verständlich, wenn Kommissionsmitglieder, die 1976 einer Programmrevision noch skeptisch gegenüberstanden, heute den Mehrheitsentwurf verteidigen.

Mittelmässige Werbeschrift

Dass die Kommissionsarbeit trotzdem wenig gebracht hat und das Resultat über weite Strecken eine bestenfalls mittelmässige Werbeschrift darstellt,

liegt einerseits am unrealistischen Zeitplan, das heisst an der widersprüchlichen Ausgangslage nach dem Parteitag in Interlaken, andererseits am Verfahren, wie dann aber die Kommissionsleitung die Programmdebatte durchpeitschen wollte.

Die Diskussionen in Interlaken haben deutlich gezeigt, dass in die Perspektive des Selbstverwaltungssozialismus grosse Hoffnungen gesetzt werden. Ebenso offensichtlich war aber auch, dass über das, was Selbstverwaltung als sozialistisches Konzept beinhalten kann, einige Verwirrung herrschte. Differenzen zeigten sich vor allem in der Frage, welche Teile der bisherigen Politik, welche Traditionen, die das bisherige Selbstverständnis der SP ausmachten, weiter Bestand haben können. Nach knapp einjähriger Programmdiskussion in den Sektionen ergab sich konsequenterweise der Beschluss, dass eine breitere parteiinterne Diskussion stattfinden müsse.

Andererseits drang die Parteileitung — fixiert auf die Wahlen — mit dem Beschluss durch, dass der neue Entwurf innert eines Jahres von einem Parteitag zu bereinigen sei. Damit verhinderte sie zum vornherein eine stärkere Beteiligung der Sektionen. Damit unterlag sie wohl aber auch einer doppelten Fehleinschätzung:

Einerseits wollte sie auf die Wahlen hin mit einem brillanten Papier in der bürgerlichen Öffentlichkeit glänzen. Andererseits erwartete sie aber offensichtlich von einem in solcher Eile zusammengekleisterten Entwurf parteiinterne Geschlossenheit. Sie hat nun kein brillantes Papier und bei dem vorgezeichneten Schnellverfahren standen auch die Aussichten auf mehr als fiktive Geschlossenheit nicht gut.

Immerhin hätte die Kommission die Möglichkeit gehabt,

trotz Zeitdruck von nur 7 Sitzungen, den in manchen Bereichen abstrakt gebliebenen Vorentwurf auf die heutige schweizerische Realität hin zu präzisieren, die im Raume stehenden Differenzen und Befürchtungen ernsthaft zu prüfen und ihre Resultate in Form von Positionserklärungen als realistische Etappe dem Parteitag vorzulegen.

Die Kommissionsleitung hat sich aber — allein auf Werbewirksamkeit bedacht — auf eine solche realistische Arbeit gar nicht erst eingelassen, sondern über sämtliche Vorschläge hinweg umgehend ihr Patentrezept durchgesetzt (einen oberflächlichen Diskussionsraster, mit dem jede am Horizont erscheinende Differenz, schon bevor sie auf dem Tisch lag, eingeebnet oder aufgeschoben wurde). Der ständige Vorwurf, die Linke würde Programmpapiere überbewerten, fällt damit auf diese Programmmacher zurück: Das Papier, das man vorzeigen wollte, und die Form wurde überwichtig, die Kommissionsarbeit gerade im Lichte des Zeitdrucks ineffizient.

Aussagelos und unredlich

Es wäre ein Test wert, welche zukünftige Politik der SP unvoreingenommene Leser oder selbst Parteimitglieder aus diesem Entwurf herauslesen. Angesichts der unübersichtlichen Aufreihung verschiedenster Betroffenenheiten, Themen und Appellen wird es vermutlich schwierig sein, mehr als Atmosphärisches zu sichten.

Zahlreiche Sektionsanträge weisen — auch wenn sie für Eintreten sind — auf diese Unübersichtlichkeit hin, indem sie eine Straffung auf das Wesentliche fordern und die Widersprüchlichkeit des Entwurfes kritisieren.

Leider liegt es nicht einfach am Stil, am notwendigen aber viel-

leicht missglückten Versuch, eine einfache Sprache zu finden und einen im schlechten Sinne elitären Parteijargon zu vermeiden. Auch geht es uns nicht um die «Reinheit der Theorie». Sondern das, was da so alles neben- und durcheinander versammelt ist, macht den Eindruck, als ob eine beliebige Auswahl dessen, was in den letzten Jahren bei Linken, Grünen und Alternativen zur Sprache gekommen ist, nun auch in der Partei salonfähig geworden ist und neben der bisherigen Politik ohne weiteres Platz hätte, ohne Vertiefung oder Klärung. Indem beliebig Versprechungen und Appelle nach allen Richtungen aufgelistet werden, wird der Entwurf aussageelos und unredlich, mancherorts zwangsläufig auch demagogisch. Wichtige Postulate verkümmern zur Anbiederung.

Die Kritik im Einzelnen

Eine solche vernichtende Kritik verlangt Präzisierung. Ich beschränke mich auf 5 Beispiele:

1. Es beginnt damit, dass es offenbar neuerdings nicht mehr die Aufgabe einer sozialistischen Partei ist, eine Kapitalismuskritik, eine aktuelle Analyse der gesellschaftlichen Realität zu leisten, sondern dass sie sich darauf beschränkt, nur mehr die Betroffenheit anderer zu artikulieren (was nebenbei bemerkt auch einen etwas elitären Zug hat).

Wenn die Minderheit im Programm eine konzentrierte Analyse der gesellschaftlichen Realität verlangt und dazu auch einen Vorschlag macht, der zumindest die Richtung weisen könnte, dann nicht, weil das ihr intellektuelles Hobby ist, sondern weil sich gerade in der Einschätzung dieser Realität auch in der Partei die Geister scheiden, und weil sie notwendig ist, um zu sagen, warum wir was wollen.

2. Dass eine solche Analyse nicht geleistet wurde, zeigt allein schon der Umstand, dass eines der weittragendsten und schwerwiegendsten Probleme unserer Zeit, die sich offenkundig verschärfende weltweite Wirtschaftskrise im Entwurf praktisch kein Thema ist. Im Gegenteil: Allerorts wird der Wohlstand beschworen, den uns die Wachstumsgesellschaft gebracht habe und der angesichts der Umweltschäden nun subjektives Umdenken erfordere. In einem antikapitalistischen Programm, das sich vornimmt, die Wirtschaft zu demokratisieren, «die Vorherrschaft über das Ökonomische zu brechen» (was immer das heissen mag), müssten doch diese Probleme, deren auch die Schweiz in den nächsten 10, 15 Jahren nicht wird ausweichen können, ein Zentrum bilden. Diese Realität müsste ein Ausgangspunkt sein, sowohl für die kurzfristigen Formulierungen als auch für die Konkretisierung der Selbstverwaltung. Arbeitszeitverkürzung zum Beispiel ist nicht nur eine Frage der Wahl zwischen mehr oder weniger Produktivitätssteigerungen, oder Frage neuer Bedürfnisse, sondern eine politische und gewerkschaftliche Kampfforderung der nächsten Jahre, die konkretisiert werden muss. Wenn die Gewerkschaft Chemie — angesichts der weltweit veränderten ökonomischen Rahmenbedingungen — am SBG-Kongress die Abkehr von einer reinen Konjunkturbelebungs politik fordert, dagegen eine staatliche Beschäftigungs- und Investitions politik und sogar die Vergesellschaftung der Grossbanken verlangt, dann würde es auch einem SP-Langfrist-Programm gut anstehen, wenn es sich mit solchen Fragen beschäftigen würde.

3. Da die Verschärfung der Krise kein Thema ist, wird folgerichtig die Reaktion des bürger-

lichen Staates, die wachsenden autoritären Tendenzen, die zunehmende Einschränkung der Meinungsfreiheit und die Grauzone bis weit in SP und Gewerkschaften hinein nur als diffuses Unbehagen gegenüber einem allmächtigen Staat registriert.

Dass Überwachungssysteme und Demokratieabbauversuche einen sich verfestigenden strukturellen Aspekt haben, der gerade auch unsere Handlungsmöglichkeiten und die aller Demokraten im Kern trifft, ist offenbar kein Anlass für einen Programmschwerpunkt.

Die Konsequenz zu ziehen, dass vor diesem Hintergrund in einer Zeit, wo das Bürgertum längst zu einem harten Konfrontationskurs umgeschwenkt ist, die Konkordanz politik und unbedingte Sozialpartnerschaft zumindest zu überprüfen wäre, wird folgerichtig überflüssig. Im Gegenteil: Der Entwurf spricht weiterhin diesem bürgerlichen Staat ein unbeschränktes Vertrauen aus. Andererseits preist er gleichzeitig und ohne irgend ein Konzept die Partei als Forum all jener sozialen Bewegungen an, die ja gerade dieses unbeschränkte Vertrauen in die Konkordanz politik und ihre Verfilzungen verloren haben.

In der Hauptstossrichtung des Programms, der Selbstverwaltung, ist der Entwurf seit Interlaken nicht einen Schritt weitergekommen. Für die paar zusammenhangslosen Sätze über Selbstverwaltung, Mitbestimmung, Markt und Rahmenplanung in diesem Papier, war eine Kommission nicht notwendig. Viel mehr müssten diese Begriffe präzisiert werden. Einige Hilfen hätten hier die Materialien, zum eben fertig gestellten SPS-Wirtschaftskonzept geliefert, wenn man sie benutzt hätte.

Zum Beispiel wäre es darum gegangen, etwa bei der Forderung

nach Dezentralisierung in Bereichen, wo die Sozialdemokratie bis anhin auf Zentralisierung und Staat gesetzt hat, die Differenzen soweit als möglich zu klären, die aufgetauchten Befürchtungen zu diskutieren.

Vor allem aber wird dieses Programm auch in der Öffentlichkeit daran gemessen werden, ob es die Perspektive der Selbstverwaltung in die Alltags politik umsetzen kann. Aber gerade hier wurde nicht im Ansatz der Versuch gemacht, aufzuzeigen, wie die künftige Politik — auch wenn sie vielleicht ihr äusserliches Gesicht noch wenig ändert, Selbstverwaltung fördern kann, wo die konkreten Handlungsmöglichkeiten in der alltäglichen politischen Arbeit liegen, wo Grenzen zu sehen sind. Die Einzelbereiche der Politik liegen völlig zusammenhangslos neben den Grundsätzen der Selbstverwaltung. Beispiele für eine solche Konkretisierung wären etwa: die Verbesserung der Rechte der Arbeitnehmer im Betrieb als politische Aufgabe (wie dies mehrere Sektionsanträge fordern,) die Grundsätze für eine Betriebs politik und Unterstützung von aktuellen Arbeitskämpfen, ein Konzept für die staatliche Unterstützung für Betriebe, deren Belegschaft diese in Selbstverwaltung überführen wollen, der Grundsatz des Abbaus der Lohnhierarchie, als Voraussetzung für Solidarität. Grundsätze im Sozial- Gesundheits- Bildungswesen, in der Quartier politik.

4. Völlig absurd ist der Vorwurf, die Minderheit wolle Selbstverwaltung als Allerheilmittel über alles stützen und sie sehe nicht, dass es noch Rahmenplanung brauche. Gerade wir fordern, dass Selbstverwaltung als konkrete Strategie genauer umschrieben wird, dass das Programm gerade in diesem Punkt radikal wie auch pragmatisch sein muss, dass zum Beispiel auch die Machtfrage

nicht idealistisch ausser Acht gelassen wird.

Hingegen schweigt sich der Entwurf gerade über eine wichtige Rahmenvoraussetzung für eine sozialistische Produktionsweise opportunistisch aus: die Nationalisierung der Grossbanken, der Energieproduktion und Schlüsselindustrien.

5. Wachstumsgesellschaft und Ökologie: Die Autoren nennen den Entwurf ökozialistisch. Sätze wie «Die Ökonomie ist mit der Ökologie zu verbinden» sollen dies belegen.

Ökosozialismus heisst nicht nur ein bisschen weniger Wachstum, sondern der Ökosozialismus bricht mit einer Vorstellung historischer sozialistischer Theorie, wonach die Entfaltung der Produktivkräfte zwingend auch gesellschaftliche Bedingungen für den Sozialismus schaffe, d.h. konkret auch die Abkehr von einer Gesellschaft, die ihr Heil in einer «Wohlfahrt» im Sinne einer Anhäufung von Gütern sucht. Bezeichnenderweise ist dieser Begriff in der Kommission nie gefallen, denn eine Vertiefung dieser Diskussion birgt gerade im gewerkschaftlichen Bereich einigen Konfliktstoff. Aus öko-sozialistischer Sicht sind es ferner nicht allein die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, sondern ist es ebenso das Industriesystem, die Technologie allgemein, die Herrschaft und Entfremdung schaffen. Allerdings sind auch Ökosozialisten, wie etwa Johanno Strasser (auf den sich die Autoren gerne berufen) der Ansicht, dass es unser vordringlichstes Problem ist, dass wir im Kapitalismus leben, wenn er etwa sagt, «dass sich die Eigentumsfrage auch unter ökosozialistischer Perspektive in voller Härte stellt.» Die Ausführungen im Entwurf aber könnten in ihrer Allgemeinheit mit ebenso wenig Relevanz auch in den «Rigithesen» der FDP stehen. Ein sozia-

listisches Programm dagegen müsste darauf aufbauen, dass sich Ökologie nicht mit kapitalistischen Verhältnissen vereinbaren lässt und weiterdenken, dass die Vergesellschaftung der Produktionsmittel zwar eine entscheidende, aber nur eine Bedingung für den Abbau von Herrschaft ist in der heutigen industriellen Realität.

Es gäbe noch weitere Beispiele, die die Konzeptlosigkeit dieses Entwurfes aufzeigen könnten, etwa die Bodenfrage, die Einiges hinter das zurückgeht, was in der Partei in den letzten Jahren wurde.

Ich komme zum Schluss:

Die Minderheit hatte in der kurzen ihr zur Verfügung stehenden Zeit weder die Absicht

noch die Möglichkeit, einen Gegenentwurf vorzulegen.

Sie sieht aber keinen einleuchtenden Grund noch eine äussere Instanz, die die Partei zwingen könnte, eine erst angelaufene Programmdiskussion abzublocken, um ein unzulängliches Papier zu verabschieden.

Die 22 Sektionsanträge, die für Etappe sind, zeigen deutlich, dass zu wenig Zeit für eine demokratische Auseinandersetzung vorhanden war. Die Minderheit hat ihre Schwerpunkte gesetzt und Vorschläge für die Weiterarbeit gemacht. Der Parteitag muss nun entscheiden, ob er ein Papier für die Schublade verabschieden will oder den Bedenken der Minderheit und 22 Sektionsanträgen Rechnung tragen will.

Gret Haller zur Feminismus-Diskussion am Parteitag:

Lugano hat eine Chance eröffnet!

Der Programm-Parteitag Lugano hat beschlossen, den Programm-Entwurf in der Richtung abzuändern, dass als eine der langfristigen Zielsetzungen auch die «Überwindung ...der Vorherrschaft des einen Geschlechtes über das andere» in der Präambel verankert wird. Damit hat die feministische Grundidee ihren Bauplatz im Baugelände des Parteiprogramms der SPS zugeteilt erhalten. Während alle anderen Häuser des Programmdorfes in Lugano ihr Aufrichtefest feiern konnten, wurde zum Feminismus beschlossen, nochmals über die Baupläne zu sitzen und dieses Haus erst nach gründlicher Diskussion entstehen zu lassen. Wie kam es zu diesem Entscheid?

Zum Kapitel «Sozialdemokratie und Feminismus» im ersten Teil des Programms stand ein Sektionsantrag zur Diskussion, dieses ganze Kapitel sei aus dem Programm zu streichen. Leider war dieser Antrag im Antragsbuch ohne seine schriftliche Begründung abgedruckt, so dass die Parteitagsdelegierten seinen Sinn und sein Ziel erst bei der mündlichen Begründung erfahren konnten: Einerseits sei der Text im Programm äusserst dürftig und diene wohl eher als Alibi. Andererseits und vor allem aber habe es keinen Sinn, einen wohlformulierten Text über Feminismus ins Parteiprogramm aufzunehmen, wenn darüber keine breite Diskussion in der Parteibasis stattgefunden habe. Dies war denn auch der